

Vor 85 Jahren: Deportation der Deutschen in der Sowjetunion 1941

Wissenschaftliche Konferenz

Stand 12.07.2026

Veranstalter:

Wissenschaftliche Kommission für die Deutschen in und aus Osteuropa, Sibirien, Zentralasien und Kaukasien (WKDO) in Kooperation mit dem Nordost-Institut (IKGN) Lüneburg, dem Museum und Kulturreferat für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold und dem Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Berlin.

Schirmherrschaft und finanzielle Unterstützung durch den Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Zeit und Ort:

18.-20. September 2026

Berlin, *Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung*, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

Anlass und Ziele der Konferenz

Am 28. August 1941, zwei Monate nach Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, verabschiedete das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR einen Erlass, auf dessen Grundlage die *Autonome Sowjetrepublik der Wolgadeutschen* aufgelöst und ihre deutschen Einwohner nach Kasachstan und Sibirien deportiert wurden. Bereits in den Wochen zuvor hatte die Deportation der Deutschen aus der Ukraine, der Krim und des Leningrader Gebietes begonnen, die jedoch infolge des raschen Vorstoßens der Wehrmacht nur partiell realisiert werden konnte.

Die Deportationen von 1941 bedeuteten das gewaltsame Ende der deutschen Siedlungsgebiete im europäischen Teil der Sowjetunion und in Kaukasien, die seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstanden waren. Dorfgemeinschaften und Familien wurden auseinandergerissen. Die Menschen wurden unter den Generalverdacht des Verrats gestellt, aus ihren Heimatorten in weit entfernte Regionen deportiert. Viele starben auf dem Transport und in den ersten Monaten nach der Ankunft an Hunger und Entkräftung. Während des Krieges mussten Jugendliche ab 15 Jahre und erwachsene Frauen und Männer fern ihrer Familien in der sogenannten „Arbeitsarmee“ Zwangsarbeit unter unmenschlichen Bedingungen leisten. Bis 1955 standen die deutschen Sowjetbürger als „Sondersiedler“ unter der Obhut der Sonderkommandanturen des Innenministeriums und waren als Personen minderen Rechts zahlreichen Benachteiligungen ausgesetzt.

Im Jahr 1964 wurde derjenige Teil des Deportationserlasses aufgehoben, der unberechtigte kollektive Anschuldigungen gegen die Deutschen erhoben hatte. In den folgenden Jahren konnten die Deutschen zwar gewisse kulturelle Zugeständnisse erreichen, die Wiedererrichtung der Wolgarepublik blieb ihnen jedoch verwehrt. Im Gegensatz zu den anderen deportierten Völkern wurde den Deutschen die Rückkehr in ihre Siedlungsgebiete der Vorkriegszeit verboten. Neben der vielfach erlebten alltäglichen Diskriminierung wurde damit ihre Benachteiligung über Jahrzehnte und Generationen hinweg sichtbar beibehalten. Dies war einer der zentralen Gründe dafür, dass der Großteil der deutschen Bevölkerung aus der ehemaligen Sowjetunion die im Zuge der Perestroika ab Ende 1987 gewährten Ausreisemöglichkeiten wahrnahm, um nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) als sogenannte (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler nach Deutschland umzusiedeln. Ihr *Kriegsfolgenschicksal*, also die politisch-ethnische Verfolgung und Diskriminierung in der UdSSR, bildet die wichtigste Begründung für die rechtlichen Regelungen zur Aufnahme der Deutschen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland.

Die Deportationen des Jahres 1941 hatten somit einschneidende Auswirkungen, deren langfristige Folgen bis heute spürbar sind. Sie stellen eine dramatische Zäsur dar, die sich tief in das Selbstverständnis und das Geschichtsbewusstsein der Betroffenen und ihrer Nachkommen eingebrannt hat. Durch die mehr als 2,5 Millionen Bundesbürger mit einem russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlerhintergrund sind sie außerdem für die deutsche Gesellschaft von unmittelbarer Relevanz.

2026 jähren sich die Deportationen zum 85. Mal. Die *Wissenschaftliche Kommission für die Deutschen in und aus Osteuropa, Sibirien, Zentralasien und Kaukasien (WKDO)* nimmt dies zusammen mit ihren Kooperationspartnern *Nordost-Institut (IKGN)* Lüneburg, *Museum und Kulturreferat für Russlanddeutsche* in Detmold und dem *Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung* zum Anlass für eine Veranstaltung, die im Kern eine wissenschaftliche Konferenz sein wird, zugleich aber auch das Anliegen verfolgt, das Wissen über diese Ereignisse und ihre geschichtlichen Zusammenhänge und Folgen öffentlichkeitswirksam zu vermitteln. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sind „die Russlanddeutschen“ in den deutschen Medien wiederholt verdächtigt worden, mit der russischen Politik zu sympathisieren. Der „Fall Lisa“, prorussische Autokorsos und ähnliche Vorkommnisse, die in keiner Weise repräsentativ für die mittlerweile ganz überwiegend ausgezeichnet integrierten (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sind, konnten in der deutschen Öffentlichkeit unter anderem deshalb Schieflagen in der Wahrnehmung erzeugen, weil große Teile der deutschen Gesellschaft keine oder nur rudimentäre Kenntnisse über die historischen Erfahrungen der Deutschen aus der Sowjetunion und ihrer Nachfolgestaaten haben, sondern sie vielfach fälschlicherweise als „Russen“ wahrnehmen.

Von daher sieht sich die Kommission glücklich, die Veranstaltung im *Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung* in Berlin durchführen zu können. Die Ergebnisse der Veranstaltung sollen in geeigneter Form publiziert werden. Im zeitlichen Zusammenhang und gerahmt von der wissenschaftlichen Konferenz findet am 19. September ebenfalls im Dokumentationszentrum die zentrale Gedenkveranstaltung der Bundesregierung anlässlich des Jahrestags der Deportationen statt.

Inhaltliches Konzept

Um die beschriebenen Ziele zu erreichen, soll die Konferenz den Wissensstand über die Deportationen von 1941, deren Hintergründe und Kontexte sowie die unmittelbaren und längerfristigen Folgen und ihre Aufarbeitung diskutieren. Daraus ergibt sich eine Palette von Themen, die durch Vorträge und eine Podiumsdiskussion abgedeckt werden sollen.

Der unmittelbare Kontext für die Deportationen ist der deutsch-sowjetische Krieg, der im Juni 1941 mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion begann und als rücksichtsloser Eroberungs- und Vernichtungskrieg zum Ziel hatte, dem Deutschen Reich „Lebensraum im Osten“ zu verschaffen, die dort befindliche slawische Bevölkerung zu unterjochen und die jüdische Bevölkerung zu vernichten. Von daher ist es wichtig, die unmittelbare Vorgeschichte in Gestalt der Entscheidungsprozesse zu beleuchten, die angesichts des Vorrückens der Wehrmacht zu den Deportationen führten, andererseits aber auch auf die Ziele und Methoden nationalsozialistischer Politik auf dem Territorium der Sowjetunion einzugehen, um zu verstehen, welche Verhaltensweisen und Zuschreibungen den Sowjetuniondeutschen entgegengebracht wurden, die vielfach als Repräsentanten eines für die Verbrechen des Vernichtungskrieges verantwortlichen Volkes angesehen wurden.

Es griffe allerdings zu kurz, die Deportationen ausschließlich im Kausalzusammenhang des Krieges zu betrachten, denn der stalinistische Staat setzte das Mittel der Deportation schon lange vor dem Krieg gegen verschiedene Gruppen der Bevölkerung ein, unter anderem auch gegen bestimmte Nationalitäten. Dies hing einerseits mit der gewaltsamen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft im Zuge von Stalins „Großem Umbruch“, andererseits aber auch mit der spezifischen Wahrnehmung von Nationalitäten zusammen, die ein „Mutterland“ außerhalb der Sowjetunion hatten. Sie (vor allem Deutsche, Polen und Koreaner) wurden als potenzielles Sicherheitsrisiko betrachtet und seit 1934 Opfer von repressiven Sondermaßnahmen (Deportationen, Verhaftungen, Erschießungen), die in den sogenannten „nationalen Operationen“ der Geheimpolizei 1937/38 gipfelten. Bezüglich der Deutschen spielen auch Zuschreibungen eine Rolle, die schon im ausgehenden 19. Jahrhundert zu Anfeindungen und Verdächtigungen geführt und sich im Ersten Weltkrieg in diskriminierenden Gesetzen, Pogromen und Deportationen geäußert hatten. Diese lange Linie wiederum muss in Beziehung gesetzt werden zu der tatsächlichen Instrumentalisierung deutscher Minderheiten im östlichen Europa (vor allem in Polen und in der Tschechoslowakei) durch die nationalsozialistische Politik. Zum Verständnis und zur Einordnung der Deportationen von 1941 müssen all diese unterschiedlichen Zusammenhänge diskutiert und gewichtet werden.

Um den Opfern der Deportation gerecht zu werden, ist es notwendig, die unmittelbaren Folgen zu untersuchen: den Einsatz in der Arbeitsarmee und die Lebensbedingungen in den Sondersiedlungen, wobei auch Gruppen beleuchtet werden sollen, die bislang in den Darstellungen nicht im Fokus standen, nämlich Frauen, Kinder und Jugendliche. Ein Blick auf Religion und religiöse Erweckungsbewegungen ist wichtig, um Überlebensstrategien der Deportierten zu verstehen. Daneben müssen aber auch diejenigen Personen Berücksichtigung finden, die von der Deportation 1941 nicht erfasst wurden, weil sie sich in Gebieten befanden, in denen die Deportation aufgrund des schnellen Vorrückens der deutschen Truppen nicht mehr durchgeführt werden konnte. Hier muss das Verhältnis zur deutschen Besatzungsmacht beleuchtet werden, die eine Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik gegenüber der slawischen und insbesondere der jüdischen Bevölkerung betrieb, und nach Umständen, Formen und Ausmaßen der Kollaboration gefragt werden. Abgerundet wird die Auseinandersetzung mit

den Ereignissen des Krieges mit Beiträgen zur Evakuierung der verbliebenen Schwarzmeerdeutschen 1944/45 nach Westen und ihrer partiellen unfreiwilligen „Repatriierung“ durch die sowjetischen Behörden nach Kriegsende, in deren Ergebnis sie sich ebenfalls in den Deportationsgebieten wiederfanden. Durch die „Repatriierung“ wurden Familien zerrissen, was von großer Relevanz für die spätere Aufnahme von Deutschen aus der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge der Familienzusammenführung ist.

Ein gesonderter thematischer Block befasst sich mit der wissenschaftlich-dokumentarischen Aufarbeitung und der Erinnerungskultur. Skizziert werden sollen die Entwicklung der historischen Forschung und der musealen Präsentation der Deportation und ihrer Folgen sowie die Aushandlungen kollektiver Erinnerung im transnationalen Vergleich.

Die Brücke in die Gegenwart schlagen Beiträge zur Autonomie- und Ausreisebewegung, die ebenso wie Brüche in Sprachbiographien als Spätfolgen der Deportation verstanden werden können, zum Zusammenhang zwischen dem im Kriegsfolgenbereinigungsgesetz von 1993 definierten *Kriegsfolgenschicksal* und der Aufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern in Deutschland. Ein Überblick über Studien und Diskurse mit Bezug zur Integration der (Spät-)Aussiedler in die bundesdeutsche Gesellschaft wird den aktuellen russischen Scheinbemühungen um „unsere Landsleute“ im Rahmen der Desinformationskampagnen des Kremls im Kontext seines Angriffskrieges gegen die Ukraine gegenübergestellt.

Den Abschluss der Konferenz wird eine Podiumsdiskussion bilden, in der es um die Deportation als zentrales Trauma und identitätsstiftendes Element der Deutschen in und aus Osteuropa, Sibirien, Zentralasien und Kaukasien („Russlanddeutschen“) geht.

Organisatorisches

Vorträge maximal 25 Minuten

Konferenzsprachen: Deutsch, Russisch

Konferenzprogramm

Freitag, 18. September 2026

14:00 - 14:30 Begrüßungskaffee für die Referentinnen und Referenten

14:30 **Eröffnung der Konferenz**

Begrüßung

Dietmar Neutatz (Freiburg): Einführung

- 15:00 - 16:45 **Panel 1, Moderation: Dietmar Neutatz (Freiburg)**
- Pavel Polian (Freiburg): Deportationen von Nationalitäten als Methode stalinistischer Politik
- Alfred Eisfeld (Göttingen): Vorgeschichte der Entscheidung zur Deportation der Deutschen 1941
- Jan C. Behrends (Frankfurt/Oder): „Faschismus“ als sowjetische Zuschreibung in längerfristiger Perspektive
- Diskussion
- 16:45 - 17:00 Kaffeepause
- 17:00 - 18:10 **Panel 2, Moderation: Hans-Christian Petersen (Oldenburg)**
- Dietmar Neutatz (Freiburg): Die Deutschen als „Gefahr“: Ältere Wahrnehmungsmuster und die Folgen der nationalsozialistischen Instrumentalisierung deutscher Minderheiten
- Dieter Pohl (Klagenfurt): Ziele und Methoden nationalsozialistischer Politik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion
- Diskussion
- 18:30 - 20:30 Gedenk- und Diskussionsveranstaltung:
Deportation und Erinnerung.
85. Jahrestag der Zwangsumsiedlung der Russlanddeutschen 1941
- Grußworte
- Dr. Roland Borchers (SFVV)
 - Dr. Bernd Fabritius (Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten)
 - Dr. Dr. Gerald Volkmer (BKGE)
- Musik: Dr. Matthias Lang
- Keynote: Prof. Dr. Irina Scherbakowa (Memorial International)
- Podium
- Kornelius Ens (Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte)
 - Irene Langemann (Regisseurin und Autorin)
 - PD Dr. Hans-Christian Petersen (BKGE)
 - Johann Thießen (LmDR)
- Moderation: Katharina Heinrich (Journalistin)

Abschluss: Edwin Warkentin (Kulturreferent für Russlanddeutsche)

Veranstalter:

- Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE)
 - Kulturreferat für Russlanddeutsche
 - Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte
- in Kooperation mit:
- Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung

20:30 Empfang im Dokumentationszentrum

Samstag, 19. September 2026

09:00 - 10:45 **Panel 3, Moderation: Alfred Eisfeld (Göttingen)**

Eva-Maria Auch (Berlin): Die Deportation der Deutschen aus Aserbaidschan

Zaur Gasimov (Mainz): Die Deportation der Krimtataren

David Feest (Lüneburg): Stalinistische Deportationen aus dem Baltikum

Diskussion

10:45 - 11:00 Kaffeepause

11:00 - 12:45 **Panel 4, Moderation: Kirsten Bönker (Lüneburg)**

Vladimir Martynenko (Kyjiw): Deutsche in der Ukraine und die deutsche Besatzungsmacht *[zugeschaltet per Videokonferenz]*

Alfred Eisfeld (Göttingen): Evakuierung und „Repatriierung“ der verbliebenen Schwarzmeerdeutschen

Dmytro Myeshkov (Lüneburg): Eine ukrainendeutsche Gemeinde im Kontext der (Zwangs)Migrationen der 1930-1960er Jahre

Diskussion

12:45 - 14:00 Mittagessen im Dokumentationszentrum (Referentinnen und Referenten)

- 14:00 - 15:45 **Panel 5, Moderation: Katharina Dück (Mannheim)**
- Zhanna Kydyralina (Astana): Einsatz in der Arbeitsarmee
- Nelli Krasnobaeva (Astana): Lebensbedingungen in den Sondersiedlungen
[zugeschaltet per Videokonferenz]
- Johannes Dyck (Halle/Westfalen): Religion und religiöse Erweckung als Überlebensstrategie
- Diskussion
- 15:45-16:15 Kaffeepause
- 16:15-18:00 **Panel 6, Moderation: Kornelius Ens (Detmold)**
- Viktor Krieger (Nürnberg): Das Problem der sowjetischen Täter, Mittäter und Mitläufer am Beispiel des Zwangsarbeitslagers Tscheljabmetallurgstroj 1942-1946
- Victor Dönninghaus (Lüneburg): Die Suche nach Heimat: Autonomie- und Ausreisebewegung als Spätfolge der Deportation
- Katharina Dück (Mannheim): Brüche von Sprachbiographien und Sprachidentitäten der Deutschen in Staaten der ehemaligen Sowjetunion als Folge der Deportationen von 1941
- Diskussion
- 19:30 Abendessen in einem Restaurant (Referentinnen und Referenten)

Sonntag, 20. September 2026

- 09:00 - 10:45 **Panel 7, Moderation: Dmytro Myeshkov (Lüneburg)**
- Andrej Kudrjachenko (Kyjiw): Ukrainische Historiographie der Deportationen
- Natalia Salnikova-Glaubitx (Freiburg): Museale Präsentation der Deportation und ihrer Folgen
- Edwin Warkentin (Detmold): Aushandlungen kollektiver Erinnerung: Gedenkkulturen zum Kriegsfolgenschicksal im transnationalen Vergleich
- Diskussion

10:45 - 11:00 Kaffeepause

11:00 - 12:10 **Panel 8, Moderation: Eva-Maria Auch (Berlin)**

Otto Luchterhandt (Lüneburg): Kriegsfolgeschicksal und Aufnahme von (Spät-)Aussiedlern in Deutschland

Felix Riefer (Bonn): Scheinbemühungen des Kreml um die (Spät-)Aussiedler: Desinformation vor dem Hintergrund von Informationsdefiziten

Diskussion

12:10 - 12:20 Kurze Pause

12:20 - 13:30 **Podiumsdiskussion**

Die Deportation als zentrales Trauma und identitätsstiftendes Element der Deutschen in und aus Osteuropa, Sibirien, Zentralasien und Kaukasien

Katharina Dück, Alfred Eisfeld, Edwin Warkentin

Moderation: Felix Riefer

13:30 Mittagessen im Dokumentationszentrum (Referentinnen und Referenten)